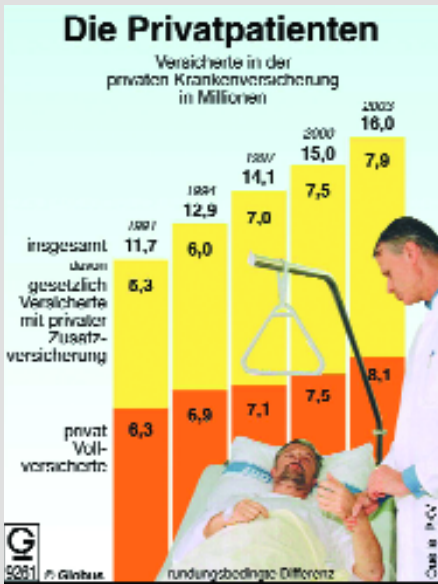




## Flucht in die Private

Rette sich wer kann: Unter dieser Prämisse steht offenbar der Mitgliederzuwachs bei den privaten Krankenversicherungen im abgelaufenen Jahr. So stieg der Nettoneuzugang



nach Mitteilung des PKV-Verbandes um 186.600 Personen, wobei sich dieser Trend insbesondere im zweiten Halbjahr durch die fortgesetzte Diskussion um das anstehende GKV-Modernisierungsgesetz verstärkte. Ebenfalls ungebrochen war der Zug zur Zusatzversicherung. Besonders zugenommen hat das Neugeschäft im ambulanten Bereich mit einem Zugang von 291.000 Versicherten auf aktuell 4,793 Millionen Personen. Insgesamt waren 8,11 Millionen Menschen zum Jahresende 2003 voll privat versichert. Das Beitragsaufkommen betrug 24,74 Milliarden Euro. Es steigerte sich 2003 um 7,2 Prozent. Dafür waren allerdings nicht die ambulante medizinische Versorgung mit 2,2 Prozent und schon gar nicht die Zahnbehandlungskosten mit moderaten 0,9 Prozent Steigerung verantwortlich.

hg

## Privatliquidation: Kaum Ausfälle

Besser als gedacht ist die Zahlungsmoral von Selbstzahlern und Privatpatienten. So weist die Mahnstatistik der Privatärztlichen Verrechnungsstelle Rhein-Ruhr bei einem Gesamtabrechnungsvolumen von über 2 Millionen Rechnungen lediglich einen Ausfall von höchstens 0,6 Prozent aus. Für das Schwesterunternehmen in Berlin-Brandenburg ist der Blick in die Statistik nicht ganz so positiv. Hier wurden immerhin 4.000 (0,9 Prozent) Mahnbescheidverfahren bei insge-

samt 405.000 Rechnungen aufgrund Säumnis im Jahr 2003 notwendig. Doch ist diese Zahl seit 1999 ebenfalls rückläufig. Dies kann allerdings auch daran liegen, daß wegen der zwischenzeitlich vom Gesetzgeber eingeführten Privatinsolvenz das Mahnverfahren in diesen Fällen gar nicht mehr betrieben wird, weil ein erstrittener Titel hier keine Wirkung entfaltet. So vermutet zumindest der Geschäftsführer der ABZ ZR in Bayern, *Martin Beer*, auf Nachfrage. Früher konnte gegen säumige Schuldner uneingeschränkt dreißig Jahre lang vollstreckt werden.

hg

## Immer mehr Europa

Immer häufiger werden Fragestellungen aus dem Gesundheitsbereich auf die europäische Ebene gehoben. BLZK-Präsident *Michael Schwarz* nutzte sein Gratulationsschreiben an *Dr. Ingo Friedrich* (CSU) zu dessen Wiederwahl in das Europäische Parlament dazu, die Anliegen der Zahnärzte deutlich zum Ausdruck zu bringen. „Wenn Europa es ernst nimmt mit dem Wettbewerb, der für sich allein kein Leitbild europäischer Integration sein kann, sollten von dort Impulse für die Öffnung des Gesundheitsmarktes ausgehen“, mahnte Schwarz. An manchen Stellen erscheinen aus Sicht der Zahnärzteschaft (vermeintliche) Gesichtspunkte des Verbraucher- und Patientenschutzes nur vorgeschoben, um regulierend in einen Sektor einzugreifen, der zumindest in Deutschland längst überreguliert ist. Der Europäische Gerichtshof habe, so Präsident Schwarz, in der Vergangenheit gezeigt, in welche Richtung die Entwicklung gehen muß. Die Einführung der Kostenerstattung in das GKV-Modernisierungsgesetz (mit all seinen Problemen) wäre wohl ohne die Entscheidung *Kohll/Decker* nicht möglich gewesen.

„Wir hoffen darauf, daß Sie die Interessen der Freien Berufe, wie auch der bayerischen Zahnärzteschaft, in der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlamentes mit vertreten und freuen uns auf Ihre Unterstützung bei wichtigen berufspolitischen Anliegen“, appellierte der Präsident an *Dr. Friedrich*.

ik



## Spenden für Berliner Stadtschloß

Berliner Zahnärzte engagieren sich mit ihren Patienten und Mitarbeitern für den Wiederaufbau der historischen Fassade des Berliner Stadtschlusses und rufen die Kollegenschaft in ganz Deutschland zur Unterstützung auf. Der „Förderkreis Zahnärzte für die Stadtschloß-Fassade“ sammelt für die Rekonstruktion des „Portal I“. Die Aktion, für die auch bei Labors, Handel und Industrie geworben wird, hat sich ein Beispiel am Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden genommen, zu dem die Zahnärzteschaft einen großen Anteil beigetragen hat. Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses ist 2002 vom Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen worden. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, den dafür notwendigen Abriß des Palastes der Republik zügig umzusetzen. Für die Aktion wurde ein Spendenkonto bei der Deutschen Bank AG, Kontonummer 077227701, BLZ 100 700 00 eingerichtet. Weitere Informationen zur Spendenaktion unter [www.berliner-schloss.de](http://www.berliner-schloss.de)

ik / Förderkreis

## Unlauterer Wettbewerb

Die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e. V. (WBZ) beklagt eine massive Zunahme von Beschwerden über Rechtsverstöße im Internet. 17 Prozent der von der Wettbewerbszentrale im vergangenen Jahr insgesamt 18.807 bearbeiteten Beschwerdefälle waren Internet-Verstöße. Die Selbstkontrollorganisation der Wirtschaft hat 3.247 Fälle aufgegriffen, in denen Handels- und Dienstleistungsangebote im Internet nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprachen. Immer stärker betroffen sind der Gesundheitsbereich und die Wellnessbranche: Knapp neun Prozent (1.600) der Beschwerdefälle entfielen auf den Gesundheitssektor. Der Hauptteil der Beschwerden richtet sich mit einem Anteil von 45 Prozent auf Verstöße gegen die guten Sitten im Wettbewerb (Verstöße im Zusammenhang mit Gewinnspielen, vergleichende Werbung, Heilmittelwerbung, Ordnungsvorschriften, belästigende Werbung, Informationspflichten usw.). Beispiel-

weise mußten Versteigerungen von Gutscheinen für Schönheitsoperationen (wie Fettabsaugen) bei der Internetauktionsplattform „ebay“ untersagt werden. Klagen gab es auch über Nahrungsergänzungsmittel wie Aloe Vera oder grüne Algen. Zu 95 Prozent handelte es sich dabei um Verstöße gegen das Heilmittelwerbegesetz. Allein in 100 Fällen wurde die irreführende Werbung für Aloe Vera Säfte abgemahnt.

ik / dgd

## Ärzte: Unzufrieden im Beruf

Die berufliche Unzufriedenheit bei Medizinern in Klinik und Praxis ist erschreckend. Zu diesem Ergebnis kam eine Umfrage, die das Deutsche Ärzteblatt in Zusammenarbeit mit einem Projektteam aus Ärzten und Meinungsforschern der Universitäten Bonn, Kiel und Gießen durchgeführt hat und die als „Berufsreport Ärzte 2003“ veröffentlicht wurde. Ein Drittel der 2.165 befragten Ärzte würden ihre Berufsentscheidung am liebsten revidieren. 95 Prozent haben Freude am Beruf im Verhältnis zu ihren Patienten. 82,1 Prozent sind jedoch sehr über ihren Berufsalltag frustriert. Die Hauptgründe hierfür sind zu sehen in: Zunahme der Bürokratie, sinkende Honorare trotz steigender Leistung und Einschränkungen der Therapiefreiheit. Außerdem halten 84 Prozent die Gesundheitspolitik für „arztfeindlich“.

ik

## Renate Jaeger: Neues Amt

Bundesverfassungsrichterin *Renate Jaeger* (63) ist von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zur Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewählt worden und tritt ihr Amt in Straßburg am 1. November 2004 an. Jaeger spezialisierte sich im Laufe ihrer Karriere zur Sozialrichterin. Nach Stationen am Düsseldorfer Sozialgericht und Landessozialgericht wurde sie 1987 zur Bundessozialrichterin gewählt. Dem ersten Senat des deutschen Verfassungsgerichts gehört die Juristin seit 1994 an. Sie war zuletzt an wichtigen Entscheidungen rund um das Recht der Freien Berufe beteiligt, etwa bei der Öffnung des Werberechts.

ik